

E 176-NR/XXII. GP

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 29. März 2006

betreffend lückenlose Aufklärung des ÖGB-BAWAG Skandals

Der Bundesminister für Finanzen und die Frau Bundesminister für Justiz werden ersucht, im Zusammenhang mit dem BAWAG-Skandal

1. auch weiterhin im Wege der zuständigen FMA bzw. der zuständigen Justizbehörden für die lückenlose Aufklärung der diesen Geschäften zu Grunde liegenden Umstände, insbesondere der rechtlichen Aspekte zu sorgen und
2. zu überprüfen, ob geeignete Maßnahmen gesetzt werden müssen, um einen möglichen Schaden für den Finanzplatz Österreich abzuwenden und diesen langfristig abzusichern und auszubauen.